

Fortgesetzte Umweltzerstörung in Lateinamerika trotz des Diskurses der nachhaltigen Entwicklung?

I. Die augenblickliche Lage

Wie zahlreiche Regionen der Erde leidet der lateinamerikanische Subkontinent unter verschiedenartigen Formen ökologischer Beeinträchtigung. Das Ausmaß und die Intensität dieser Phänomene, die mehrheitlich durch den Menschen verursacht worden sind, haben in den letzten Jahrzehnten gewaltig zugenommen. Die gegenwärtige Gestalt und der jetzige Rhythmus der Umweltzerstörung wären höchstwahrscheinlich ohne die massive Verwendung der fortgeschrittenen Technologie, ohne die planmäßige Erschließung aller Landesteile und ohne die wachsende Inwertsetzung aller natürlichen Ressourcen nicht möglich gewesen. Das bedeutet, dass durchaus *moderne* Erscheinungen, wie ein relativ einfacher Zugang zum technischen Instrumentarium oder staatlich geförderte Entwicklungsprogramme zur Ausdehnung der Agrargrenze ihren jeweiligen und gewichtigen Beitrag zur Zerstörung natürlicher Ökosysteme geleistet haben. Die Entwicklung in den letzten dreißig Jahren ist als unheilvoll zu bezeichnen, paradoxerweise seit es ein kollektives Bewußtsein ökologischer Gefährdungen gibt. Für die tropischen Regenwälder sind die letzten Jahre ab etwa 1992 (*Earth Summit* in Rio de Janeiro) verhängnisvoll gewesen. Ein Kausalzusammenhang zwischen beiden Phänomenen wird hier selbstredend nicht unterstellt, eher eine parallele Entfaltung.

Als besonders gravierend hat sich die Vernichtung des natürlichen Vegetationsmantels erwiesen, die in einer früher kaum vorstellbaren Reichweite und Schnelligkeit grenzenlose Bodendegradierung und Desertifikation mit sich gebracht hat. Zugleich sind Letztere aufs engste mit Problemen weltweiter Bedeutung verbunden, unter denen die langsame aber stetige Veränderung des globalen Klimas (Treibhauseffekt), die immer größer werdende Verwüstung von Agrarböden, die schnelle Verringerung der Biodiversität und die wahr-

scheinliche Verunsicherung des Energiepotentials des ganzen Planeten hervorzuheben sind¹.

Das Ausmaß und die Intensität der ökologischen Probleme haben auch mit vernachlässigten soziokulturellen und politischen Aspekten zu tun, welche deswegen einer eingehenderen Berücksichtigung bedürfen. Falsche oder ungenügende Umweltpolitiken können unabsehbare Umweltschäden verursachen oder verschlimmern; ferner kann eine weitverbreitete Mentalität die angemessene Wahrnehmung ökologischer Beeinträchtigungen verhindern. Letzteres stellt wahrscheinlich eines der grundlegendsten Probleme des heutigen Lateinamerika dar und wird im Folgenden näher erläutert.

Um die soziokulturellen Aspekte der Umweltprobleme besser verstehen zu können, ist ein Blick auf einige Praktiken der Vergangenheit sinnvoll. In Mexiko und im Andenraum geschah während der spanischen Kolonialzeit die Prospektion von Erzen (vor allem Silber) durch rücksichtsloses Abbrennen des Vegetationsmantels auf allen Bergkämmen und Abhängen überall dort, wo es einen Verdacht auf Silberadern gab. Die Vernichtung von Wald und Busch in den ökologisch sehr prekären Gebirgsgegenden verursachte nach wenigen Jahrzehnten die irreversible Erodierung ausgedehnter Regionen, was noch heute in Mexiko, Peru und Bolivien sichtbar ist. Der Kahlschlag bei den extrem fragilen Wäldern der Gebirgszonen wurde auch dadurch unterstützt, dass Holz beim Bergbau großzügig für den Bau von Balken und Abstützungen der Stollen verwendet wurde. Jahrhundertlang war Holz die Hauptenergiequelle für alle mit dem Bergbau verbundenen Aktivitäten.

Jahrhundertlang basierte die Wirtschaft mehrerer lateinamerikanischer Länder auf einer „Rente“, die ausschließlich aus der rücksichtslosen Ausbeutung der Naturressourcen gewonnen wurde und die nunmehr zu Ende geht. Zu diesem Problem kommt hinzu, dass die meisten Agrarböden Lateinameri-

Diese Arbeit wurde durch eine großzügige Forschungsbeihilfe der Stiftung Weltgesellschaft (Zürich) gefördert.

¹ Zu den aktuellen Problemen der Bodendegradierung und Desertifikation vgl. Stiftung Entwicklung und Frieden, Ingo Hauchler/Dirk Messer/Franz Nuscheler (Hrsg.), *Globale Trends 1998. Fakten, Analysen, Prognosen*, Frankfurt/M. 1997, S. 243 ff.

kas nahrungsarm und äußerst verwundbar sind, dass eine außergewöhnliche Überausbeutung derselben festzustellen ist und dass die Produktivität der meisten Landstriche auch unter Verhältnissen einer sehr schonenden Nutzung betont niedrig ausfällt.

II. Die Zerstörung des tropischen Regenwaldes

Zur Zeit bringen die neuen Formen von Erze Gewinnung – vor allem im tropischen Norden Brasiliens – ebenfalls die Vernichtung von Wald und Busch mit sich, in einem Rhythmus, der in früheren Zeiten unvorstellbar gewesen wäre². Das heißt: Heutzutage hält die rasch zunehmende Zersetzung des tropischen Regenwaldes trotz lokaler Umweltschutzprogramme und zahlreicher diesbezüglicher Ämter unvermindert an. Dies stellt höchstwahrscheinlich das schwerwiegendste ökologische Problem Lateinamerikas dar³: Nicht nur wegen des Verlustes eines einzigartigen, für das weltweite Klimagleichgewicht unerlässlichen Ökosystems, sondern auch deshalb, weil die Abholzung der Urwälder sehr selten dauerhaft produktives Agrarland hergibt; die „erschlossenen“ Flächen verwandeln sich oft unumkehrbar in öde Steppen oder Wüsten.

Der Druck auf die tropischen Gebiete geht in letzter Instanz auf das kontinuierliche Bevölkerungswachstum und die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen zurück. Die sozioökonomische Notwendigkeit, ländliche Arbeitskräfte zu absorbieren, die Nahrungsmittelproduktion gewaltig zu steigern und die Holzgewinnung zu sichern sowie neue Mineral- und Erdölvorkommen zu finden, haben sämtlich zur Expansion der Agrargrenze, zum Bau von Straßen und Siedlungen und somit zur beschleunigten Waldrodung geführt. Dieses Phänomen ist deshalb so folgenreich, weil die Vernichtung tropischer Wälder die Auslöschung eines bedeutsamen Teils der Biodiversität mit sich bringt; die Stabilität des Weltklimas ist bekanntlich mit diesem Ökosystem aufs engste verbunden⁴. Dabei ist zu berücksichtigen, dass unter den natürlichen Ressourcen, die von Entwicklungslän-

dern exportiert werden, Holz im Allgemeinen und Edelhölzer im Besonderen zu den Produkten gehören, die – berechnet in konstanten Preisen für die Zeitspanne 1948–2000 – eines der besten finanziellen Ergebnisse erzielen, wesentlich besser als mineralische Rohstoffe, Nahrungsmittel, Textilien, Kautschuk und Tabak⁵. Man kann deshalb den Druck verstehen, der auf eine schnellere und systematischere Ausbeutung der tropischen Regenwälder drängt, und warum so wenige Bevölkerungssektoren einem effektiveren Schutz dieser Ökosysteme unterstützen.

Die hier skizzierten Gründe für die Vernichtung der Wälder, die hauptsächlich auf die Ausdehnung der Agrargrenze und die Ausbeutung von Holz als einer exportierbaren Ressource zurückgehen, gelten vornehmlich für Brasilien, Mittelamerika und den Andenraum und weniger für Länder wie Argentinien und Uruguay. Das Ausmaß der Waldzerstörung in Brasilien und Bolivien erreichte in den letzten Jahren extremen Umfang: Nach einem Bericht des World Resources Institute und der Interamerikanischen Entwicklungsbank ist Brasilien jährlich für eine Waldvernichtung verantwortlich, die 28 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwäldern umfasst (Bolivien für 7,2 Prozent). Im Weltmaßstab sind beide Länder zur Zeit die größten Waldzerstörer. Laut Angaben des amtlichen brasilianischen Bundesinstituts für Raumforschung (INPE) können (Ende 1997) 517 069 qkm Waldfläche allein im brasilianischen Amazonasgebiet als vernichtet und abgebrannt gelten (10,34 Prozent der Gesamtfläche des Amazonasregenwaldes). Diese Angabe schließt die „reguläre“, d. h. von staatlichen Stellen genehmigte Abholzung und die Rodung außerhalb des eigentlichen Amazonasbeckens nicht ein (jährlich rund 11 000 qkm). Nach derselben Studie wurden jährlich zwischen 1978 und 1988 durchschnittlich 21 130 qkm Wald gerodet (das entspricht ungefähr der Fläche Belgiens); ab 1995 beträgt die durchschnittliche Abholzungsfläche 29 059 qkm (mit eindeutig steigender Tendenz)⁶. Mexiko verfügt über viel kleinere bewaldete Flächen als die südamerikanischen Länder, aber der Rhythmus der Waldzerstörung ist dort ebenfalls sehr hoch. Laut amtlichen Angaben wurden 1997 durch nicht genehmigte Rodung und Brände rund 800 000 ha Wald und Busch zerstört;

2 Vgl. Susan E. Place (Hrsg.), *Tropical Rainforests: Latin American Nature and Society in Transition*, Wilmington 1993.

3 Vgl. Manfred Wöhlcke, *Umweltzerstörung in der Dritten Welt*, München 1987, S. 11 ff.; ders., *Umwelt- und Ressourcenschutz in der internationalen Entwicklungspolitik*, Baden-Baden 1990; *Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten*, Frankfurt/M. 1981, S. 77–81 ff.

4 Vgl. Nigel Sizer, *Oportunidades para conservar y mantener los bosques a través de la cooperación internacional*, Washington, D.C. 1994, S. 2–4 und 13.

5 Vgl. Werner G. Raza, *Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Weltwirtschaft, Naturaneignung und ökologische Verteilung*, in: Werner G. Raza/Andreas Novy (Hrsg.), *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?*, Frankfurt/M. 1997, S. 117.

6 Vor vielen Jahren wurde diese Entwicklung in einem noch heute lesenswerten Artikel vorausgesagt: Peter von Gisycki, *Keine Chancen mehr für die Wälder der Dritten Welt?*, in: *Öko-Mitteilungen* (Institut für angewandte Ökologie, Freiburg/Br.), (1983) 5, S. 18–22.

allein von Anfang Januar bis Ende Mai 1998 wurden 380 000 ha Wald durch „unkontrollierbare“ Flächenbrände vernichtet.

In den Jahren seit dem Rio-Gipfel von 1992 hat der Privatisierungsprozess der Wälder eine spürbare Beschleunigung erfahren, wenn auch oft unter der Modalität der Konzession (Verleihung übertragbarer Nutzungsrechte). Besonders gravierende Waldbrände riesigen Ausmaßes sind seitdem in fast allen Ländern Lateinamerikas festzustellen. Es wäre unbegründet, einen obligatorischen Kausalzusammenhang zwischen Privatisierung und vermehrter Waldvernichtung herzustellen. Es wäre aber ebenso naiv, jegliche Verbindung zwischen beiden Phänomenen abzustreiten. Im August/September 1998 verbrannten beispielsweise Tausende von Quadratkilometern Wald und Busch im Bundesstaat Mato Grosso (Südwestbrasilien), in einer Zone, in der die „Erschließung wilder Landstriche“ jetzt erste Priorität genießt, und zwar für die Beschaffung von Grasland zwecks extensiver Viehzucht. Zwischen Februar und April 1998 wütete das Feuer im Bundesstaat Roraima, an der Grenze zu Venezuela: 3,3 Millionen ha Wald und Buschland wurden in kurzer Zeit unwiederbringlich zerstört⁷.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der bolivianische Fall, weil dort die Waldrodung relativ spät anfang (nach 1975), dann aber eine exponentiell zunehmende Beschleunigung durchgemacht hat. Laut einer halbamtlichen Berechnung wurden um 1980 durchschnittlich 90 000 ha Regenwald pro Jahr abgeholzt; 1990 waren es bereits 170 000 ha, und 1997 zwischen 525 000 und 750 000 ha. Nach einer offiziellen Berechnung erreichte die Waldrodung 1993 nur 80 000 ha, 1994 ca. 90 000 ha und 1997 rund 168 000 ha⁸. Nach Angaben des damaligen Ministers für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt, Erick Reyes Villa, befanden sich 1998 bereits 41 Prozent der Gesamtfläche Boliviens (rund 450 000 qkm!) im Prozess einer unumkehrbaren Desertifikation, hauptsächlich wegen der Zerstörung des Vegetationsmantels (Wald- und Buschbrand in allen Varianten). Ein immer noch gültiges Waldgesetz von 1997 verbietet in Bolivien alle Wald- und Buschbrände, die nicht ausdrücklich und schriftlich von den zuständigen Behörden genehmigt worden sind; die Erlaubnis soll nur ausnahmsweise erteilt werden, wenn ein nachgewiesenes öffentliches Interesse dafür besteht. Einfache

⁷ Jürgen Schübelin, Wem nützen Waldbrände? Brandrodung und Brandstiftung haben zu einer Katastrophe geführt, in: Der Überblick, 34 (1998) 2, S. 33.

⁸ Angaben der Forstabteilung des Landwirtschaftsministeriums Boliviens: Más de la mitad de los bosques de Santa Cruz están desforestados, in: PRESENCIA vom 7. Juli 1993, S. 4.

Bauern und mächtige übernationale Konzerne verwenden gleichermaßen die Brandrodung seit Jahrzehnten, ohne sich im geringsten um die völlig unbekannt gesetzliche Regelung zu kümmern. Regierungsstellen strengen sich freilich nicht übermäßig an, diese Bestimmung bekannter zu machen. Laut amtlichen Angaben ließen sich bereits 1995 in Bolivien 36 000 Waldbrände feststellen, die nicht auf „natürliche Ursachen“ zurückzuführen sind. Derselbe Minister für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt gab zu, dass das relativ fortschrittliche bolivianische Gesetz zum Umweltschutz, das vom Parlament 1992 verabschiedet wurde, noch nicht in der alltäglichen Praxis angewandt werden könne, weil seit 1992 alle Durchführungsbestimmungen fehlten.

III. Eine vorläufige Interpretationsskizze

Zusammenfassend kann behauptet werden, dass dem Erschließungsprozess tropischer Gebiete folgende Konstanten zugrunde liegen:

– Bescheidene, aber systematische und kontinuierliche Verbesserungen im Bereich öffentlicher Gesundheitsfürsorge seit etwa 1940/1950 haben in ganz Lateinamerika, insbesondere im Andenraum, zu einem gewaltigen demographischen Schub geführt, sodass von einer wahrhaften Bevölkerungsexplosion in wenigen Jahrzehnten gesprochen werden kann. Zudem weisen seit langem die Agrarböden im andinischen Hochland Erschöpfungs- und Erosionserscheinungen großen Ausmaßes auf. Die immer größer werdende Landflucht erzwingt die Erschließung tropischer Gebiete, zumal sie als menschenleer und leicht nutzbar gelten. Es kommt hinzu, dass die exponentiell gewachsene städtische Bevölkerung ein kaum zu befriedigendes Bedürfnis nach Nahrungsmitteln entfaltet hat, dem die Landwirtschaft in den höher gelegenen Zonen des Andenraums nicht genügen kann.

– Nach dem allmählichen Niedergang des klassischen Bergbaus ist die Holzgewinnung eine wirtschaftlich sehr lukrative Tätigkeit geworden, vor allem wegen der uneingeschränkten Nachfrage der Industrienationen nach Edelhölzern. Schließlich ist das neue Wirtschaftsmodell, das alle Regierungen der Region befolgen, stark exportorientiert: Heutzutage stellt Holz eine der wenigen in Lateinamerika gewonnenen Ressourcen dar, die gute bis ausgezeichnete Preise auf dem Weltmarkt erzielen. Wenn ein Produkt einerseits Devisen für das Land und Profit für den Unternehmer einbringt und andererseits zahlreiche Arbeitsplätze schafft,

dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass irgendeine Regierung aus ökologisch-konservierenden Gründen die tropischen Regenwälder wirksam beschützen würde.

– Ferner muss bedacht werden, dass der effektive politische Wille, der Zerstörung des Regenwaldes energisch Einhalt zu gebieten, kaum vorhanden ist. Hierfür sprechen mehrere Gründe, die in ganz Lateinamerika ähnlich sind: das relativ niedrige kulturelle und informative Niveau der hohen Bürokratie, eine lückenhafte und widerspruchsvolle Gesetzgebung und hauptsächlich der Druck der politisch mächtig gewordenen Interessenverbände der Holzindustriellen und der entsprechenden Gewerkschaften.

– Des Weiteren darf nicht verkannt werden, dass in weiten Teilen Lateinamerikas Brandrodung und Brandstiftung als übliches Verfahren gilt, um Neuland für Landwirtschaft, Viehzucht und Erzförderung zu gewinnen. Alle Gesellschaftsschichten befürworten, wenn auch diskret, die Brandrodung, ohne sich Gedanken über die langfristigen Konsequenzen zu machen. Die Menschen, die sich um ökologische Probleme kümmern oder gar an die Rechte der Natur denken, bilden eine kleine Minderheit (Urwaldindianer, kritische Intellektuelle, aufgeklärte Bürokraten), welche kein politisches Gewicht besitzt. Dieser Tatbestand hat eine lange Vorgeschichte. „Brandrodung ist die Technik“, schrieb Jürgen Schübelin, „mit der seit dem Eindringen der Europäer in die Waldgebiete des gesamten Kontinents, von Zentralamerika bis Patagonien, versucht wird, Ackerland zu erschließen . . .“. Diese Methode genießt „trotz aller durch sie verursachten Katastrophen und Tragödien ungebrochene Popularität“⁹. Umsonst haben seit langer Zeit Agrarwissenschaftler darauf aufmerksam gemacht, dass dieses Verfahren alles Leben (einschließlich der natürlichen Düngemittel) zerstört und damit die durchschnittliche Bodenfruchtbarkeit stark einschränkt. Zwar wird nach wenigen Jahren die ausgesprochen dünne Humusschicht weggeschwemmt, die physische Größe der tropischen Gebiete täuscht aber einen Überfluss an leerem Land vor, sodass sich die Bauern und Viehzüchter einfach das nächste Stück Wald zur Brandrodung vornehmen. Nach wie vor weist die brasilianische Bundesbehörde für Kolonisierung und Agrarreform (INCRA) die in tropischen Gegenden neuangesiedelten Bauern und Landarbeiter an, Wald so schnell wie möglich zu roden, um Agrarflächen zu gewinnen¹⁰. In anderen Staaten mit tropischen Regionen dürfte die Lage ähnlich sein.

⁹ Vgl. J. Schübelin (Anm. 7), S. 34.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 34.

– Schließlich muss auf die Korruption bei denjenigen Behörden aufmerksam gemacht werden, die einerseits Waldkonzessionen zu erteilen haben und andererseits die gesetzliche Kontrolle über die Einhaltung der Umweltauflagen ausüben. Im relativ gut dokumentierten bolivianischen Fall kann man davon ausgehen, dass die in Frage kommenden Behörden (Centros de Desarrollo Forestal) zu den staatlichen Instanzen gehören, bei denen ein überdurchschnittliches Maß an Bestechlichkeit festgestellt wurde. Durch verhältnismäßig kleine Beträge und gute politische Verbindungen kann man ausgedehnte Landflächen als Konzession zur Holzgewinnung erhalten; mittels noch kleinerer Summen kann man sich jegliche unbequeme Kontrolle seitens jener Behörden ersparen.

IV. Umweltfragen und ethnische Aspekte

Um die tatsächliche Bedeutung zu verstehen, die in der Praxis den legalen Statuten von Umweltschutz und Naturreservaten sowie der populär gewordenen Theorie der nachhaltigen Entwicklung zukommt, muss man das Verhältnis von ethnischen Fragen und ökologischen Problemen streifen.

Bei der Erschließung und Inwertsetzung des tropischen Regenwaldes stößt man auf eine ethnisch-kulturelle Minderheit, die von jeher in diesen Gebieten lebt und ein Anrecht besitzt, ihre Kultur gemäß eigenständigen Normen zu entfalten und ihr Habitat, also ihren Lebensraum, nach eigenem Gutdünken weiter zu nutzen. Die Erschließung und Besiedlung dieser tropischen Regionen erzeugt somit nicht nur sozioökonomische Probleme, sondern auch eine ethnische Komponente, deren Folgen noch nicht klar abzusehen sind. Die Ethnien des tropischen Regenwaldes – im Gegensatz zu allen Einwanderern, einschließlich derjenigen indianischen Ursprungs – haben ein existenzielles und vitales Interesse an der Erhaltung ihrer angestammten Ökosysteme, da ihr bisheriger Lebensstil von der Erhaltung dieses fragilen Habitats vollkommen abhängig ist. Einige dieser Ethnien sind bereit, ihre Kultur gewaltsam zu verteidigen.

Vertreter einer romantisierenden Sicht, die bei Sozialwissenschaftlern nicht selten auftritt, tendieren dazu, die Lebens- und Arbeitsweise der Urwaldindianer zu verklären und ihnen ein total ökologiefreundliches Verhalten gegenüber ihrer Umwelt zuzuschreiben. Darüber hinaus neigen sie dazu, die umweltangepasste Lebensweise einiger Urwaldethnien (Tieflandindianer) auf die gesamte indianische Bevölkerung des jeweiligen Landes

auszudehnen. Die übergroße Mehrheit der indianischen Gruppen Lateinamerikas – in Mexiko, Guatemala und im Andenraum – besteht jedoch aus so genannten Hochlandbewohnern, die den ökologiefreundlichen Umgang mit der Natur, die ihre Vorfahren pflegten, längst aufgegeben haben und inzwischen Formen von Landwirtschaft und Viehzucht betreiben, die umweltschädlich sind.

In einigen Ländern wie Brasilien, Peru, Bolivien und Ecuador haben politisierte und radikalisierte Bewegungen der Tieflandindianer wiederholt Proteste angemeldet: zum einen gegen die unaufhörliche Ausdehnung der Agrargrenze durch starke Binnenwanderungen bäuerlicher Herkunft und zum anderen gegen die Prospektion und Gewinnung natürlicher Ressourcen, insbesondere Holz und Mineralien. Diese Ethnien beklagen auch die Tatsache, dass die entsprechenden Regierungen bereits unterzeichnete Abkommen zum Schutz der indianischen Territorien und der Naturreservate nicht einhalten und vielmehr die wirtschaftliche Inwertsetzung dieser Zonen unter der Hand stark fördern. Im Andenraum sind es Bauern und Landarbeiter aus den Hochlandethnien, die größtenteils den Einwanderungsstrom in die tropischen Zonen bilden. Die Ausdehnung der Agrargrenze und die Erzgewinnung bewirken letztlich die Rodung des Urwaldes und die Zerstörung des natürlichen Habitats der indianischen Urwaldethnien; sie rufen gleichzeitig Entwicklungen wie Straßenbau, Inwertsetzung anderer natürlicher Ressourcen und Erlangung zusätzlicher Agrarflächen hervor, welche die überwältigende Mehrheit der jeweiligen Bevölkerung als Zeichen eines ebenso notwendigen wie unvermeidlichen Fortschritts ansehen.

Eine nüchterne Betrachtung der Praktiken der Tieflandindianer Brasiliens und des Andenraumes vereitelt deren Idealisierung. Es ist anzunehmen, dass sie am Modernisierungsprozess teilnehmen und den bestmöglichen finanziellen Vorteil daraus ziehen wollen. Die organisierte Bewegung der Tieflandindianer Brasiliens, Boliviens und Perus scheint in den letzten Jahren schwächer geworden zu sein, weil die Holzkonzerne die entsprechenden Führungsgruppen am Betriebsgewinn beteiligt haben. Dieses einfache Bestechungsverfahren erwies sich als erfolgreich. Ein Teil dieser Urwaldindianer sind dazu übergegangen, stillschweigend eine Übereinkunft mit den Holzindustriellen zu schließen: Sie lassen die Rodung auf ihren Territorien zu und erhalten einen finanziellen Anteil am Verkauf des Holzes, und die Privatunternehmer müssen keine Steuern und Abgaben an den Staat entrichten¹¹.

11 Kritisch zur Verklärung der Urwaldethnien vgl. Daniela Peluso, *Conservation and Indigenismo*, in: *Hemisphere*. A

In einigen Ländern Lateinamerikas ist der Umweltschutz waldbedeckter Gebiete angesichts des knapp gewordenen Agrarbodens auch bei anderen indianischen Ethnien unpopulär, insbesondere bei den bäuerlichen Bevölkerungssektoren hochgelegener Gebiete. Eine der ständigen Forderungen der Bauernvereinigungen gegenüber allen Regierungen zielt auf die Aufhebung des gesetzlichen Verbots, in den – wenigen vorhandenen – Nationalparks und ökologisch geschützten Zonen eine wirtschaftliche Tätigkeit (wie Waldrodung, Bestellung der Felder, Anlage von Plantagen) auszuüben. Immer wieder kommen die Bauernvertretungen und die zuständigen Behörden zu einem vorläufigen Arrangement, nach dem der legale Status der Nationalparks pro forma aufrechterhalten wird, die Existenz aber und die Arbeitsweise der bereits bestehenden Bauernsiedlungen (einschließlich Koka-Plantagen) innerhalb der Nationalparks weiterhin und auf unbestimmte Zeit geduldet werden. Dasselbe gilt für die Aktivitäten der Holzindustrie innerhalb der Naturreservate. In einigen Nationalparks haben Privatunternehmer seitens der diesbezüglichen Behörde die „legale“ Erlaubnis erhalten, Holz unbegrenzt zu schlagen. In den meisten lateinamerikanischen Ländern gibt es Nationalparks und rechtlich geschützte Naturreservate, in denen Einwanderung, ökonomische Tätigkeit und Waldrodung verboten sind. Die meisten dieser Einrichtungen existieren wörtlich nur auf dem Papier: in der Regel werden sie landwirtschaftlich genutzt, ständige menschliche Ansiedlungen sind dort häufig anzutreffen und das Fällen von Bäumen geschieht ohne Unterlass und ohne Kontrolle.

Die illegale, aber von allen Regierungen ausnahmslos tolerierte Besetzung geschützter Bereiche seitens landloser Bauern, die pausenlose Ausbreitung der Agrargrenze und die sehr hohe Auswanderungsquote – meistens Richtung USA – lassen die Unhaltbarkeit der populären Vorstellung ans Licht kommen, dass der lateinamerikanische Subkontinent und seine tropischen Regionen im Wesentlichen menschenleere, ökonomische unausgenützte Flächen seien. Sogar gelehrte Publikationen von Umweltschutz-Sympathisanten legen den Schluss nahe, dass Nationalparks und gesetzlich geschützte Naturreservate „Räume ohne Einwohner“ darstellen¹²: Aus ökonomischen und politischen Gründen sei es nun unerlässlich, mit diesem moralisch unhaltbaren Zustand der menschenleeren Zonen im Zeitalter des raschen Bevölkerungswachstums ein Ende zu machen.

magazine of latin american and caribbean affairs, V (1993) 2, S. 6.

12 Vgl. Stephan Amend/Thora Amend (Hrsg.), *Espacios sin habitantes? Parques nacionales de América del Sud*, Caracas 1992.

In den meisten Ländern Lateinamerikas (mit Ausnahme einiger Staaten in Mittelamerika und im karibischen Raum) gibt es einen weiteren Aspekt dieser mit der ethnischen Frage verwandten Thematik. Indianische Gruppen, indigenistische Tendenzen und damit verbundene Intellektuelle hegen ein verständliches Misstrauen gegenüber Einwanderungsströmen jeglichen Ursprungs, da dadurch die schon arg lädierte Identität dieser Nationen noch mehr in Gefahr geraten könnte. Bei ihnen taucht sehr selten die Behauptung auf, dass Lateinamerika ein beinahe leerer Kontinent sei und dass die tropischen Zonen energisch besiedelt werden müssten. Die relativ niedrige Bevölkerungsdichte tropischer Gebiete wird als eine kulturell-historische Besonderheit der Tieflandindianer betrachtet, die als solche respektiert werden muss.

Die so genannte populäre öffentliche Meinung von Weißen und Mestizen, die sich nicht von kritisch-wissenschaftlichen Standpunkten beeinflussen oder gar irritieren lässt, hält an der klischeehaften Vorstellung fest, dass die lateinamerikanische Bevölkerung viel zu klein ausfalle, um die angeblich unermesslichen Naturreichtümer des leeren Subkontinents angemessen zu erschließen und zu nutzen. Demnach werden die Ureinwohner der Regenwälder keineswegs als vollwertige Menschen angesehen; man hält sie für unfähig, ihre Regionen nach westlichen Standards zu modernisieren. Eigentlich werden sie als ein Hemmnis für die Prospektion und Inwertsetzung der natürlichen Ressourcen betrachtet. Die Vorstellung von dünnbesiedelten Räumen resultiert aus dem mechanistischen Vergleich zwischen Peru und Israel oder Brasilien mit Holland, wobei unausgesprochen der Bevölkerungsdichte Israels und der Niederlande eine normative und deshalb nachahmenswerte Gültigkeit zugeschrieben wird.

Vertreter dieser Meinung übersehen die Tatsache, dass ein erheblicher Teil Lateinamerikas aus Wüsten, Steppen, Bergland und Urwald besteht, d.h. aus Regionen, die kaum zu bewohnen oder agrarisch zu nutzen sind oder nur um den Preis einer ausgedehnten, unumkehrbaren ökologischen Beeinträchtigung. Die Flächen, die sich sowohl für städtische Besiedlung als auch für intensive Landwirtschaft eignen, sind in Lateinamerika ziemlich knapp und fast alle bereits dicht bevölkert und agrarisch stark beansprucht. Paradoxerweise ist die agrarisch nutzbare Fläche in den meisten Ländern des Subkontinents eindeutig kleiner als beispielsweise in den Vereinigten Staaten oder Kanada, wenn man das tatsächlich landwirtschaftlich nutzbare Land je Kopf der Bevölkerung in Betracht zieht. Einen besonders deutliches Beispiel stellt Bolivien dar: Seine allgemeine Bevölkerungsdichte beträgt zur Zeit 7,2 Einwohner pro

Quadratkilometer, aber die tatsächliche Dichte Boliviens in Bezug auf bewohnbares oder agrarisch nutzbares Land beträgt rund 100 Einwohner pro Quadratkilometer.

V. Die öffentliche Verwaltung und der Diskurs der Nachhaltigkeit

Lateinamerikanische Staatsbürokratien und Regierungseliten befinden sich in dem ständigen Dilemma, den zeitgenössischen Bestrebungen um Bewahrung der Ökosysteme zu genügen und gleichzeitig Politiken und Maßnahmen zu entwerfen, die dem akzelerierten Wirtschaftswachstum förderlich sind. Ein gutes Beispiel dafür ist der so genannte Amazonas-Pakt (Tratado de Cooperación Amazónica = Kooperationsvertrag für das amazonische Gebiet), der im Juli 1978 von Bolivien, Brasilien, Ekuador, Guyana, Kolumbien, Peru, Surinam und Venezuela gebildet wurde. Diese Organisation verfügt seit 1991 über eine „Amazonische Kommission für Entwicklung und Umwelt“, die sehr klar die Position der meisten Regierungen und übernationalen Institutionen zu ökologischen Fragestellungen wiedergibt und zugleich eine der bekanntesten Versionen der Theorie der nachhaltigen Entwicklung hervorgebracht hat¹³.

Die Kommission, die von der Interamerikanischen Entwicklungsbank und den Vereinten Nationen fachkundig unterstützt wurde, gibt zunächst all die negativen Phänomene zu, die im Amazonasbecken von Menschenhand verursacht wurden¹⁴. Nach dieser Feststellung geht sie dazu über, die Erfordernisse der Gegenwart und der Zukunft ausführlich darzulegen, die sich als eine robuste, allseitige und dauerhafte Entwicklung beschreiben lassen. Um sie zu erreichen, müssen zuerst – so die Kommission – die angeblichen Mythen und Legenden über Amazonien entlarvt werden. Zusammenfassend lautet die diesbezügliche Argumentation wie folgt: Das Amazonasbecken ist keineswegs ein menschenleeres Gebiet, wo sich natürliche Kreisläufe ohne menschliches Tun entfalten können; seit jeher stellt diese Region das Habitat mehrerer indianischer Kulturen dar, die selbstredend die

13 Der Kommission gehörten namhafte Persönlichkeiten des südamerikanischen öffentlichen Lebens an, darunter mehrere ehemalige Staatspräsidenten, ein früherer Generalsekretär der Vereinten Nationen, ein Literatur-Nobelpreisträger und ein ehemaliger Generalsekretär des British Commonwealth.

14 Vgl. Comisión Amazónica de Desarrollo y Medio Ambiente/Banco Interamericano de Desarrollo/PNUD, *Amazonia sin mitos*, Santafé de Bogotá 1994.

Natur alltäglich ausbeuten, weil sie qua Menschen ein Recht dazu haben. Das Amazonasbecken ist weder eine isolierte Naturinsel, die als solche unberührt zu erhalten sei, noch die Lunge des Planeten, die für die Regeneration des atmosphärischen Sauerstoffes als unentbehrlich erscheine¹⁵.

Die Kommission benennt eine lange Reihe von Behörden und Gesetzen, die sich in den Mitgliedstaaten mit dem Umweltschutz beschäftigen. Sie unterstellt, dass die schiefe Existenz von Institutionen und Regelungen eine gelungene und langfristig vernünftige Beschirmung bedrohter Ökosysteme bedeutet¹⁶. Und gemäß der üblichen administrativ-bürokratischen Logik fordert sie „eine neue Wirtschaftsstrategie“, um die Ressourcen besser zu nutzen. Dazu gehören symptomatischere Faktoren wie mehr Planung, eine effektivere Raumschließung, eine modernere Verwaltung, eine größere Bevölkerung und eine intensivere Anwendung modernster Technologien. Die Kommission spricht sich ausdrücklich für eine „nachhaltige Entwicklung nach amazonischen Maßstäben“¹⁷ aus. Diese Entwicklung soll darin bestehen, Holzressourcen stärker zu beanspruchen, das Tier- und Pflanzenreich ökonomisch zu verwerten, die Biodiversität für den Aufbau einer eigenen Nahrungs- und Pharmaindustrie zu nutzen und das Straßennetz energisch auszubauen. Für die Kommission ist nachhaltige Entwicklung eine langfristig rationale – also keine kurzfristige und traditionell räuberische – Inanspruchnahme tropischer Ressourcen und Gebiete. Zur ökonomischen Potenzierung der Paktstaaten soll das Amazonasbecken den von ihm erwarteten Beitrag leisten.

Die Vorbehalte im Hinblick auf ein angebliches „Zuviel“ an Umweltschutz lassen sich leicht am bolivianischen Beispiel erläutern. Aufschlussreich ist in diesem Kontext ein Leitartikel einer unternehmerfreundlichen Tageszeitung in Bolivien: Es sei zwar vernünftig, sich um die Bewahrung von Naturkreisläufen zu kümmern und sogar Naturreserve zu errichten, aber die Sorge um die Ökosysteme dürfe weder das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigen noch die Erschließung neuer Ressourcen behindern, noch den Bau neuer Straßen verzögern. Ökonomie habe letztendlich einen klaren Vorrang vor Ökologie. In bolivianischen Regierungskreisen gab es 1992 erhebliche Vorbehalte gegen den Rio-Gipfel. Der Direktor der Forstbehörde gab die bei den Eliten vorhandene Stimmung wieder, als er erläuterte, dass sich die Umweltschäden in Bolivien in engen Grenzen hielten, die Holzindustrie sich erst in ihren Anfän-

gen befinde und die Erschließung tropischer Regionen sehr zu wünschen übrig lasse. Sowieso trügen die nördlichen Industrieländer die alleinige Verantwortung für alle größeren ökologischen Ungleichgewichte auf Weltebene. Sie müssten deswegen für alle Kosten aufkommen, die der Umweltschutz mit sich bringe. In der jetzigen Wirtschaftskonjunktur seien die Entwicklungsländer dazu gezwungen, auf alle exportierbaren Ressourcen zurückzugreifen, darunter Edelhölzer und Holzprodukte. Die grundsätzliche Verhaltensregel sei eindeutig und unumstritten: Die Wirtschaftsentfaltung habe einen klaren Vorrang vor ökologischen Sorgen.

In den letzten zehn Jahren ist in Lateinamerika eine hohe Anzahl staatlicher und privater Institutionen gegründet worden, die sich mit ökologischen Phänomenen beschäftigen und Forschungsprojekte über Umweltprobleme betreiben. In Bolivien gibt es zum Beispiel seit dem 27. April 1992 in jedem Département (Provinz) der Republik einen Rat für Umweltfragen (Consejo Departamental del Medio Ambiente). Dieser Rat hielt bis heute keine einzige Sitzung ab, nicht einmal eine erste konstituierende Feierstunde. Eine ähnliche nur theoretische Existenz führen zahlreiche Institutionen und Maßnahmen in ganz Lateinamerika. Die bolivianische Regierung ordnete beispielsweise 1990 eine so genannte historische ökologische Pause (*pausa ecológica histórica*) für fünf Jahre an. Während dieser Periode waren Ökosysteme „schonend“ zu behandeln; das entsprechende Gesetz war ausgesprochen vage, unverbindlich und konfus. Der damalige Landwirtschaftsminister beeilte sich zu erklären, dass die „Pause“ keineswegs gegen die Holzindustriellen gerichtet sei: Sie erlaube vielmehr eine längere und rationellere Ausbeutung der Waldressourcen. Keine spätere Regierung hat je einen Bericht über Ergebnisse oder sogar Übertretungen in Bezug auf dieses Gesetz vorgelegt. Der Interessenverband der Holzindustrie, der sich strikt gegen die ökologische Pause ausgesprochen hatte, gestand amtlich ein, dass während der Pause die Waldrodung und das unsachgemäße Holzfällen energisch weitergingen. Als Lösung verlangte der Interessenverband die Aufhebung aller gesetzlichen Einschränkungen zur Nutzung der Wälder und die sofortige Privatisierung derselben. Das Thema der ökologischen Pause ist nie wieder von Politikern oder der öffentlichen Meinung Boliviens aufgegriffen worden.

Die Behandlung eines „modernen“ Gesetzes zur „rationellen“ Waldausbeutung durch die verschiedenen Gesellschaftssektoren Boliviens kann einen Einblick in die komplexe Praxis des Umweltschutzes gewähren. Das Gesetz setzt eine alte Tradition

15 Vgl. ebd., S. 26 ff.

16 Vgl. ebd., S. 224–235.

17 Ebd., S. 160.

fort: Die meisten Wälder stellen Konzessionen dar, die der Staat an private Personen oder Unternehmen für eine Dauer von vierzig Jahren vergibt, wobei sich der Staat letztlich das Eigentum am Grund und Boden vorbehält. Die Konzession selbst kann wie ein privates Gut weiterverkauft, vererbt oder verpfändet werden. Das Neue am Gesetz beschränkt sich darauf, bessere Kontrollen einzusetzen, höhere Steuern vorzuschreiben und Wiederaufforstung zu verordnen. Das Gesetz sieht ferner die Gründung einer regulativen Behörde vor, welche dem Parlament verantwortlich ist, und die Möglichkeit, die Konzession einzuziehen, wenn ihre Inhaber den Auflagen nicht genügen. Die neue Modalität besteht darin, dass der Konzessionsinhaber einen festen Steuersatz entsprechend der Größe der gewährten Waldfläche bezahlen muss (1 US-Dollar pro Hektar und Jahr).

Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes änderte sich so gut wie nichts an der Situation der bolivianischen Wälder: Die Wiederaufforstung ist völlig ausgeblieben, die Waldrodung erfordert von Jahr zu Jahr immer ausgedehntere Flächen, und die zuständigen Kontrollbehörden sind so korrupt wie eh und je. Aber die breite Debatte um das Waldgesetz zwang die Regierung und die unternehmerfreundlichen Parteien dazu, einiges von dem einzuräumen, was in der Vergangenheit nur von wenigen Mutigen gesagt worden war: a) Die in Bolivien praktizierte Ausbeutung des Waldes bedeutet in der Regel die Vernichtung des gesamten Tier- und Pflanzenreiches, da die „Waldnutzung“ außer dem Fällen aller Bäume (nicht nur der wirtschaftlich nutzbaren) die anschließende Abbrennung des Vegetationsmantels mit sich bringt; b) die Wiederaufforstung ist eine Tätigkeit, die fast ausschließlich auf dem Papier existiert; und c) die Bestechlichkeit der Behörden, die nicht geändert werden konnte, ist ein fortwährender Skandal.

VI. Das Verhalten der Privatunternehmer

Einige Angaben über die alltägliche Praxis moderner Unternehmer in einigen lateinamerikanischen Ländern sind hier notwendig. In Brasilien erzielt eine Fläche gerodeten oder abgebrannten Waldes zehnmal so hohe Preise wie eine vergleichbare Fläche intakten Regenwaldes¹⁸. Aus diesem Grund und weil einige der Zonen, in denen es Großbrände gab, potenziell reich an Mineralien,

Edelsteinen und Erdöl sind, verhalten sich alle in Frage kommenden Regierungen und Interessenverbände sehr ähnlich: Sie lassen die Wälder und Buschlandschaften wochen- oder monatelang brennen, bevor sie eine halbherzige Löschkaktion angehen, welche dann durch bürokratische Kompetenzstreitigkeiten noch eine Zeitlang aufgeschoben wird. Eine abgebrannte Waldfläche bietet noch weitere Vorteile, denn es entfallen lästige rechtliche Einschränkungen (Nationalpark, geschützte Naturzone, Indianerreservat), die einer ökonomischen Nutzung des Bodens im Wege stehen können; in der Regel wandern die dort ansässigen Ureinwohner mehr oder minder friedlich aus.

Die Privatunternehmer Boliviens behaupten ernsthaft, dass die Privatisierung der Wälder zu einer beinahe spontanen Regeneration der ausrottungsgefährdeten Edelholzarten beitragen könne. Ein sehr eindeutiger und an Zynismus grenzender Ausdruck dieser Haltung ist bei dem damaligen Vorsitzenden der Interessenvertretung der Holzverarbeitenden Betriebe auszumachen. Er erklärte 1994, dass die Holzgewinnung in Bolivien einen ausgesprochen langsamen und schonenden Rhythmus aufweise; wenn dieser Rhythmus beibehalten werde, gäbe es genügend Holz für 18 750 Jahre! Die Vereinigung der Privatunternehmer Boliviens beklagt sich ihrerseits seit 1993, dass die Unternehmer vom Staat zu wenig Konzessionen erhielten, um Wälder wirklich roden zu können. In vielen Gegenden begnügten sich die Holzindustriellen damit, von Dritten gefällte Bäume aufzukaufen, d. h. Bäume, die sonst auf dem Boden verfaulen würden. Einer der wichtigsten Holzindustriellen Boliviens, der 80 Prozent seiner Produktion nach Europa und in die USA ausführt, erklärte, dass sein Unternehmen überhaupt keine Schäden bei den Wäldern verursache, denn er lasse nur sehr alte oder kranke Bäume fällen, die sowieso bald sterben würden.

Es muss bedacht werden, dass in Bolivien bereits 1996 rund 220 000 qkm in der tropischen Waldzone Privateigentum waren; damit befindet sich die Mehrheit der Regenwälder im Privatbesitz. Dieser Tatbestand hat weder die rasch voranschreitende Waldvernichtung noch die zunehmende Desertifikation tropischer Böden verhindern können. Nach allen verfügbaren Informationen kann von einer Wiederaufforstung der von Privatunternehmern gerodeten Flächen keine Rede sein. Wiederaufforstung in tropischen Gegenden ist technisch außergewöhnlich schwierig und unergiebig. Der Bau von Straßen und Pfaden geschieht gewohnheitsmäßig durch Waldbrand, und auch das Fällen einzelner Bäume bringt die Zersetzung

¹⁸ Vgl. J. Schübelin (Anm. 7), S. 34.

des sie umgebenden Vegetationsmantels mit sich. Beide Vorgänge tragen dazu bei, die außergewöhnlich dünne Humusschicht tropischer Böden und den auf der Oberfläche liegenden Vorrat an Nahrungselementen unwiederbringlich zu vernichten. Außerdem: Holzunternehmer senken ihre Betriebskosten, indem sie die kostspielige und ungewisse Aufforstung in praxi beiseite lassen und sich das nächste Stück Forst zum Bäumefällen vornehmen, in einer Region, in der die Baumbestände

unendlich zu sein scheinen und wo die Kontrollen durch die zuständigen Behörden gleich null sind.

Fazit: Das täglich-praktische Verhalten der staatlichen Bürokratie, der Privatunternehmer, der Bauernverbände und sogar der indigenen Interessenvertretungen legt den Schluss nahe, dass unter diesen Umständen nachhaltige Entwicklung in Lateinamerika sich als eine leere Floskel oder als eine modische Rechtfertigungsideologie erweist.

